

den<sup>5)</sup>. Wenig zerstört sind die Straßen und vor allem die Leitungssysteme unter den Straßen. Das private, kleinteilige Grundeigentum – ein wesentliches Element der Stadtstruktur des späten 19. Jahrhunderts – ist noch weitgehend unangetastet: Von 164 Grundstücken insgesamt befinden sich 146 in Privatbesitz. All diese Merkmale, die der Realisierung einer neuen Bebauung a la Kreuer u. a. im Wege stehen und deren Beseitigung immense Kosten verursachen müssen, spielen bei der Ausschreibung und Entscheidung des Wettbewerbs eine relativ untergeordnete Rolle. Als Schwierigkeit erkannt ist allerdings die „tiefbautechnische Aufgabe des Anschlusses einer in ihrer Anordnung völlig neuen Bebauung an ein vorhandenes Leitungsnetz“ (Schweer 1953).

Als 1954 die Idee einer Internationalen Bauausstellung für das Jahr 1956 mit dem neuen Hansaviertel als Zentrum festere Konturen annimmt<sup>6)</sup>, muß der Sicherung des Erfolgs dieses risikobeladenen Prestigeobjekts alles untergeordnet werden: Das „Schaufenster des Westens“ darf sich nicht blamieren. Zunächst wird der siegreiche Wettbewerbsentwurf von Kreuer u. a. zu Fall gebracht. Da die vorgeschlagenen Gebäude als „Raumabschlüsse“ wirken, so die Argumentation, können sie keine „Individualitäten“ darstellen. „Dem widerspricht aber die wichtigste Zielsetzung des Ausstellungsvorhabens, nämlich eine Fülle von baulichen Individualitäten zu schaffen durch Heranziehung von namhaften Architekten des In- und Auslandes“ (Verwendbarkeit 1954). Deutlich wird hier die Zurücknahme des städtebaulichen Anspruchs zugunsten einer Präsentation von Einzelgebäuden. Auch unter politischen Gesichtspunkten wird der Wettbewerbsentwurf attackiert: Durch die Reduzierung der Baumassen auf nur wenige Körper werde die Reprivatisierung des Eigentums an Grund und Boden nach erfolgter Baulandumlegung außerordentlich erschwert. Diese „er-

gibt sich nicht nur aus den Forderungen der Grundeigentümer, sondern auch aus der allgemeinen politischen Konstellation und der Notwendigkeit, hier in West-Berlin nach grundsätzlich anderen Richtlinien zu verfahren, als sie etwa in Ost-Berlin – Stalinallee – angewendet werden.“ (Verwendbarkeit 1954) Oder mit anderen Worten: „Berlin ist gezwungen, Eigentümeraufbau zu treiben, denn es muß als Gegenbeispiel zur Stalinallee etwas hinstellen, was gegenüber der Rechtswillkür und dem Kollektivismus des Ostens die schöpferische Kraft der Privatinitiative dokumentiert“ (Seifarth 1954). Kritisiert wird weiter die moderne, d. h. auch kostenintensive Neuorganisation des Straßennetzes bei Kreuer u. a.: „Ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, vorhandene Straßen beliebig abzuknicken und zu verschwenken.“ (Verwendbarkeit 1954). Fazit des Vermerks vom 11. 2. 1954: Der Entwurf ist „für die Durchführung einer ... Ausstellung wenig geeignet, ein „Versagen des Entwurfs“ ist zu erwarten (Verwendbarkeit 1954).

Im Laufe des Jahres 1954 wird der Wettbewerbsentwurf durch Jobst mehrfach überarbeitet (Abgeordnetenhaus von Berlin 13. 11. 1954), wobei aus wirtschaftlichen Gründen die geplante Baudichte etwas erhöht wird. Im Zuge der „Weiterentwicklung“ des Entwurfs durch den „Leitenden Ausschuß“ der Interbau und die Berliner Bauverwaltung wird unter maßgeblicher Beteiligung von *Otto Bartning*, dem Vorsitzenden des Leitenden Ausschusses und Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten, ein weitgehend neuer Bebauungsvorschlag entwickelt. Da wegen des Fehlens eines detaillierten Bauprogramms noch kein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden kann, wird ein „Richtplan“ für das Hansaviertel erstellt, der als Grundlage für die Aufstellung rechtsverbindlicher Bebauungspläne bzw. zur Bearbeitung von Baugesuchen nach dem Planungsgesetz vom 22. 8. 1949 dient (Ausschuß

für Bau- und Wohnungswesen 11. 10. 1955 und Abgeordnetenhaus von Berlin 13. 11. 1954). Im Erläuterungsbericht des Richtplans vom 11. 3. 1955 werden die zwei geplanten Hauptstraßenzüge festgeschrieben, die vorhandenen Straßen aber ansonsten weitgehend berücksichtigt. Die aufgegebenen Verkehrswege sollen nicht bebaut werden, damit am vorhandenen Leitungsnetz nichts geändert werden braucht. Dadurch soll insgesamt eine wesentliche Verringerung der Kosten für Tiefbauarbeiten erreicht werden. An Infrastruktureinrichtungen sind eine Kindertagesstätte für ca. 80 Kinder, eine Volksbücherei, eine katholische, eine evangelische Kirche und ein Kino mit Ladenstraße vorgesehen. Gelingt die Spurenlöschung der alten Stadt bezüglich der Straßen nicht ganz, so bleibt sie in der Frage der Bebauung weiter Programm: „nicht annähernd so wie es war, sondern nach modernsten Gesichtspunkten“ (Artikeldienst Interbau 1. 9. 1956). Die Bebauung soll aufgelockert, die Grünflächen vergrößert und die Gebäudehöhen differenziert werden. Insgesamt ist eine Reduktion der Baumassen um mehr als die Hälfte geplant, was auch eine potentielle Wertminderung der Grundstücke bedeutet. Die Einwohnerzahl – 1938: 7000, 1948: 1200 – soll 1958 3500 Personen betragen. Das Verhältnis bebauter Fläche/Freifläche wird von früher 1:1,5 auf 1:5,5 gesenkt, der Tiergarten um 6500 m<sup>2</sup> vergrößert. Grundlage dieses Programms bleibt die formelhafte, nicht im einzelnen belegte Abqualifizierung der Reste der alten Stadt. Noch im Vorwort des amtlichen Katalogs zur Interbau nimmt Bundespräsident Theodor Heuss diese zur Legitimation notwendige Pflicht der Exkommunikation auf sich: „Denn das sogenannte ‘Hansaviertel’, dessen so totale Vernichtung den Raum für eine einheitliche Lösung anbot (und damit zugleich ja die rechte Aufgabe), gehört zu jenen Stadtteilen der rasch wachsenden jungen Reichshauptstadt, die schlechterdings *keinen* künstlerisch oder auch nur lokalhistorisch interessanten Baukörper enthielt.“ (S. 12)

Mit der Konstituierung der „Aktiengesellschaft für den Aufbau des Hansaviertels“ (Hansa AG), der Klärung der Finanzierung und der Durchführung der Bodenneuordnung werden die wichtigsten Voraussetzungen für das spätere Ausstellungsobjekt „Hansaviertel“ geschaffen. Unter Berücksichtigung des „umfassenden Erfahrungsschatzes großer Bau- und Betreuungsgesellschaften“ wird Ende 1954 eine Gesellschaft des privaten Rechts gegründet, die von der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues Gemeinnützige AG, Berlin (De-Ge-Wo), der Gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin-Hamburg-Frankfurt/Main

Das zerstörte Hansaviertel 1945 (aus: INTERBAU BERLIN 1957, S. 335)

